

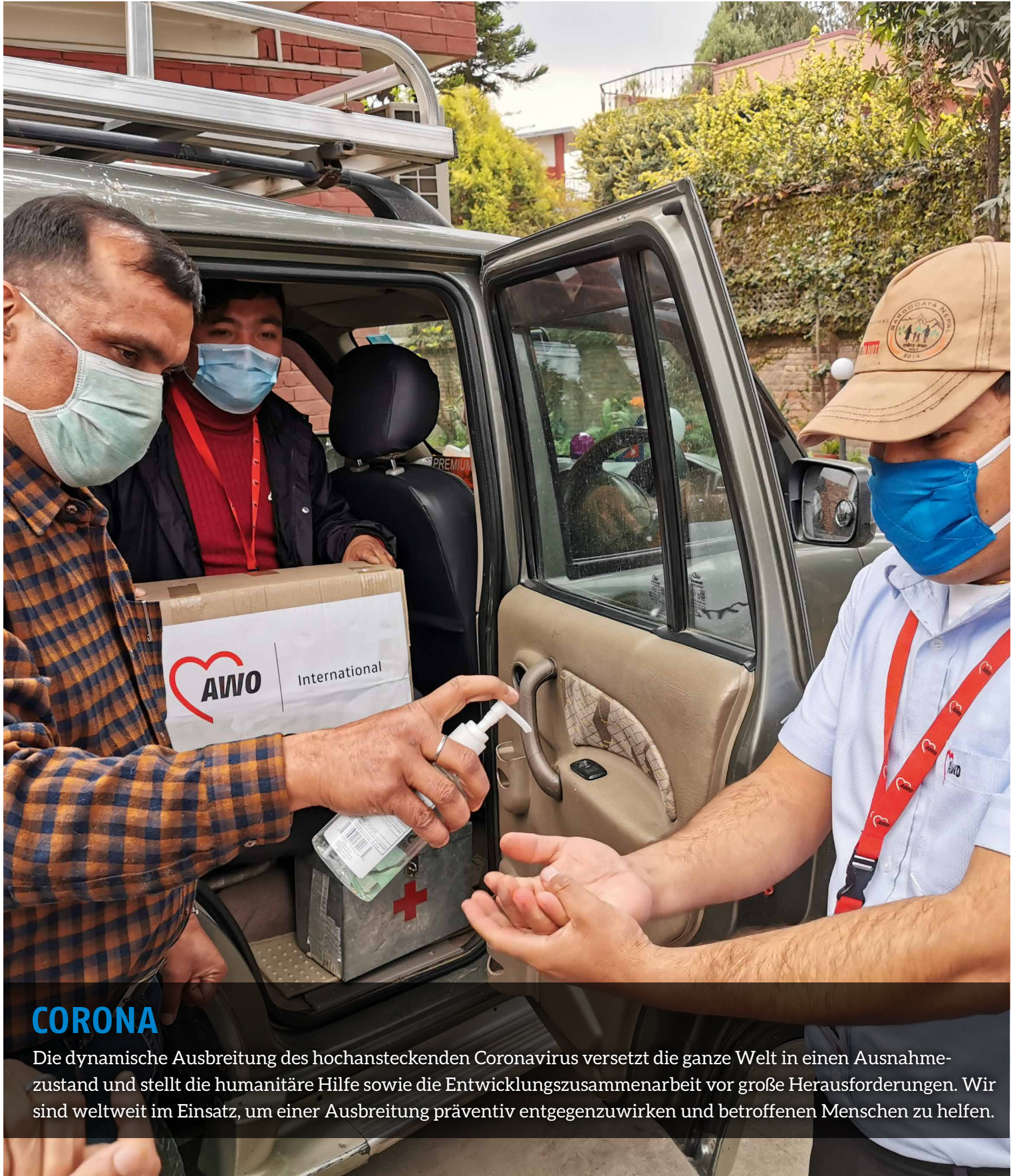
01.2020

WEITblick



International

Magazin für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit



CORONA

Die dynamische Ausbreitung des hochansteckenden Coronavirus versetzt die ganze Welt in einen Ausnahmezustand und stellt die humanitäre Hilfe sowie die Entwicklungszusammenarbeit vor große Herausforderungen. Wir sind weltweit im Einsatz, um einer Ausbreitung präventiv entgegenzuwirken und betroffenen Menschen zu helfen.

EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde,

Corona versetzt die Welt in einen Ausnahmezustand. Wir alle erleben Unsicherheit und Angst sowie große Einschränkungen in unserem Alltag. Weltweit werden strenge restriktive Maßnahmen erlassen und das öffentliche Leben kommt weitestgehend zum Erliegen. Auch für die humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit ist Corona eine enorme Herausforderung. Besonders in Ländern des Globalen Südens, hat die Mehrheit der Bevölkerung keinen Zugang zu einem funktionierenden Gesundheitssystem. Daher unterstützen wir weltweit unsere Partner*innen, um einer Ausbreitung des Virus entgegenzuwirken: Wir verteilen Hygienepakete mit Handschuhen, Desinfektionsmittel und Seife, führen Informations- und Aufklärungskampagnen durch und unterstützen bei Oberflächen-Desinfektionen.

Aufgrund der aktuellen Situation, haben wir uns eine flexible Lösung einfallen lassen, um Sie schnellstmöglich zu informieren: Sie erhalten den weitblick diesmal vorab als schnelle digitale Ausgabe. Hier können Sie sich bequem durchklicken. Die Printausgabe erhalten Sie wie gewohnt per Post.

Es ist mir ein großes Anliegen, Ihnen heute auch noch sehr herzlich für das überwiegend positive Feedback zur Erhöhung der Mitgliedsbeiträge zu danken. Besonders in Krisen wie dieser, sind wir dringend auf Ihre Unterstützung angewiesen. Einen ebenso herzlichen Dank senden wir an alle, die in dieser besonderen Zeit für die Gesellschaft im Einsatz sind.

Ihnen viel Gesundheit und Durchhaltevermögen. Hoffentlich können wir uns bald wieder persönlich treffen.



Herzlichst,
Ihre

Ingrid Ulles

Ingrid Leberher
Geschäftsführerin

TITELBILD

In Nepal verteilen die Kolleg*innen Hygienepakete mit Seife, Desinfektionsmittel, Handschuhen und Schutzmasken. Außerdem werden Fieberthermometer, Quarantänebetten und große Trinkwassertanks zur Verfügung gestellt und Informationen über das Virus und entsprechende Schutzmaßnahmen für die Verbreitung über lokale Radiosendungen aufbereitet.



- 3 Schwerpunkt
CORONA STELLT UNSERE SOLIDARITÄT AUF DIE PROBE
- 4 Projektländer
BLICK ÜBER DEN TELLERRAND ...
- 6 Projektländer
WEITREICHENDE AUSWIRKUNGEN: CORONA STELLT DIE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT VOR GROSSE HERAUSFORDERUNGEN
- 8 Humanitäre Hilfe • Mittelmeer
„AUSGANGSSPERRE“ FÜR DIE OCEAN VIKING: „WIR ARBEITEN MIT HOCHDRUCK AN EINER LÖSUNG!“
- 10 Humanitäre Hilfe • Libanon
„WIR MÜSSEN JETZT HANDELN!“



CORONA STELLT UNSERE SOLIDARITÄT AUF DIE PROBE

Nach dem Ausbruch in der chinesischen Stadt Wuhan breitet sich das neuartige Coronavirus auf der ganzen Welt aus. Seit dem 11. März spricht die Weltgesundheitsorganisation (WHO) von einer Pandemie – also einer länder- und Kontinente übergreifenden Ausbreitung. Corona (offiziell SARS-CoV-2) stellt weltweit Gesundheitssysteme vor enorme Herausforderungen und bringt vor allem Menschen in sogenannten systemrelevanten Funktionsberufen – wie Gesundheits- und Pflegepersonal oder Kassierer*innen – an ihre Belastungsgrenzen.

Neben wirtschaftlichen Auswirkungen hat Corona auch weitreichende restriktive und politische Konsequenzen: Seit dem 18. März sind die europäischen Außengrenzen geschlossen, die Aufnahme von Geflüchteten wurde ausgesetzt. Während wir uns in Deutschland weitestgehend durch einen Mindestabstand von 1,5 Metern, ausreichende Handdesinfektion und Quarantäne schützen können, befinden sich mehr als 70 Millionen Menschen auf der Flucht – viele von ihnen in überfüllten Lagern oder stark abgelegenen Regionen. Für sie gelten einfache Hygienemaßnahmen nicht. Viele erreichen aufgrund der Abgeschiedenheit nicht einmal wichtige Informationen über das Virus, Ansteckungsgefahren und Schutzmaßnahmen.

Auch AWO International steht vor einem großen Dilemma: Wir wollen und werden weiterhin gewissenhaft unserer Arbeit nachkommen und Menschen in Krisenregionen nicht nur vor einer Ansteckung mit COVID-19 schützen, sondern auch unsere eigentlichen Projekte – unter anderem in der Gewaltprävention oder der sicheren Arbeitsmigration – weiterführen. Zugleich müssen wir unsere Mitarbeiter*innen vor einer Ansteckung schützen und den restriktiven Maßnahmen der jeweiligen Regierungen Folge leisten.

Corona ist also auch für die humanitäre Hilfe sowie für die Entwicklungszusammenarbeit eine enorme Belastungsprobe. Dieser stellen wir uns mit Zuversicht. Denn eines dürfen wir auf keinen Fall vergessen: Trotz unserer eigenen Unsicherheit und Angst gelten die Grundwerte der AWO. Besonders unsere vulnerablen Zielgruppen benötigen jetzt unsere uneingeschränkte Unterstützung. Denn in Zeiten einer Pandemie ist gelebte Solidarität so wichtig wie nie!

Rudi Frick

Vorsitzender AWO International

- 12 Afrika • Uganda
**CORONA-PRÄVENTION IN UGANDA:
IM WETTLAUF MIT DER ZEIT**
- 14 Afrika • Uganda
**HEUSCHRECKENPLAGE IN UGANDA:
DIE LARVEN WERDEN ALLES FRESSEN**
- 15 Europa • Deutschland
INITIATIVE LIEFERKETTENGESETZ
- 16 Humanitäre Hilfe
**DIGITALISIERUNG IM HUMANITÄREN UND
ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN KONTEXT**
- 18 Kurz notiert

BLICK ÜBER DEN TELLERRAND ...

Wir sind in vier Ländern mit Regionalbüros vertreten.

Unsere Kolleginnen Kathrin Zimmermann, Martina Purwins, Kerstin Grimm und Karin Eder zeigen auf, welche Auswirkungen Corona hier hat.

REGIONALBÜROS



Uganda

Gleichwohl in Uganda bisher eine vergleichsweise geringe Anzahl an bestätigten Infektionen gemeldet wurde, befindet sich das ostafrikanische Land im lock-down. Das Gesundheitssystem ist auch vor Corona schon überlastet: 5,7 Prozent der Bevölkerung sind mit HIV/AIDS infiziert (Stand 2018) und auch Malaria, Tuberkulose und Meningitis zählen immer noch zu den häufigsten Todesursachen. Außerdem stellt Uganda den Hotspot für die afrikanische Flüchtlingspolitik dar: Mehr als 1,3 Millionen Geflüchtete – hauptsächlich aus dem Südsudan – leben in über das Land verteilten Flüchtlingslagern. Dort haben viele kein fließendes Wasser. Zudem sind die Preise für Desinfektionsmittel stark gestiegen und dadurch für die Menschen unerschwinglich. Gerade ärmere Menschen leben dicht gedrängt auf kleinem Raum, was die Ausbreitung wesentlich beschleunigt und eine Selbstisolierung Betroffener schwer umsetzbar macht. Nach Einschätzung der WHO müssen sich die afrikanischen Staaten darauf einstellen, dass die im weltweiten Vergleich niedrigen Infektionszahlen bald rapide steigen werden.



Nepal

Nepal gehört zu den ärmsten Ländern in Südasien und weltweit. Mit einem schwachen Gesundheitssystem und mangelnder Ausrüstung für medizinisches Personal in Krankenhäusern, ist das Land auf eine Epidemie kaum vorbereitet. Prävention ist daher das oberste Gebot. Mit dem zweiten bekannt gewordenen Covid-19 Fall, hat die nepalesische Regierung schnell gehandelt und am Montag, dem 23. März, eine landesweite Ausgangssperre verhängt. Diese Sperre greift jedoch nur bedingt. In abgelegenen Regionen sowie im Terai (Grenzgebiet Nepal/Indien) sind die Menschen nur unzureichend über die Verbreitung des Virus und mögliche Vorsorgemaßnahmen sensibilisiert. Mit steigenden Erkrankungsfällen in Indien, sieht sich Nepal mit einer zunehmenden Rückkehr und Einreise von nepalesischen Arbeitsmigranten und indischen Staatsbürgern konfrontiert. Getragen von der Annahme, Nepal sei sicherer Zufluchtsort, überquerten bereits mehr als fünfzehntausend Menschen die sogenannte ‚grüne Grenze‘ im Süden des Landes.

Weltweit werden präventive Schutzmaßnahmen getroffen, um der schnellen Verbreitung des Virus entgegenzuwirken.



Aufgrund der dynamischen Entwicklung verzichten wir darauf, Fallzahlen zu nennen. Für einen guten Überblick empfehlen wir

die interaktive Karte des „Coronavirus-Ressourcencenters“ der John Hopkins University (coronavirus.jhu.edu/map.html) sowie

den täglich aktualisierten Überblick der Weltgesundheitsorganisation (who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019/situation-reports/)



Philippinen

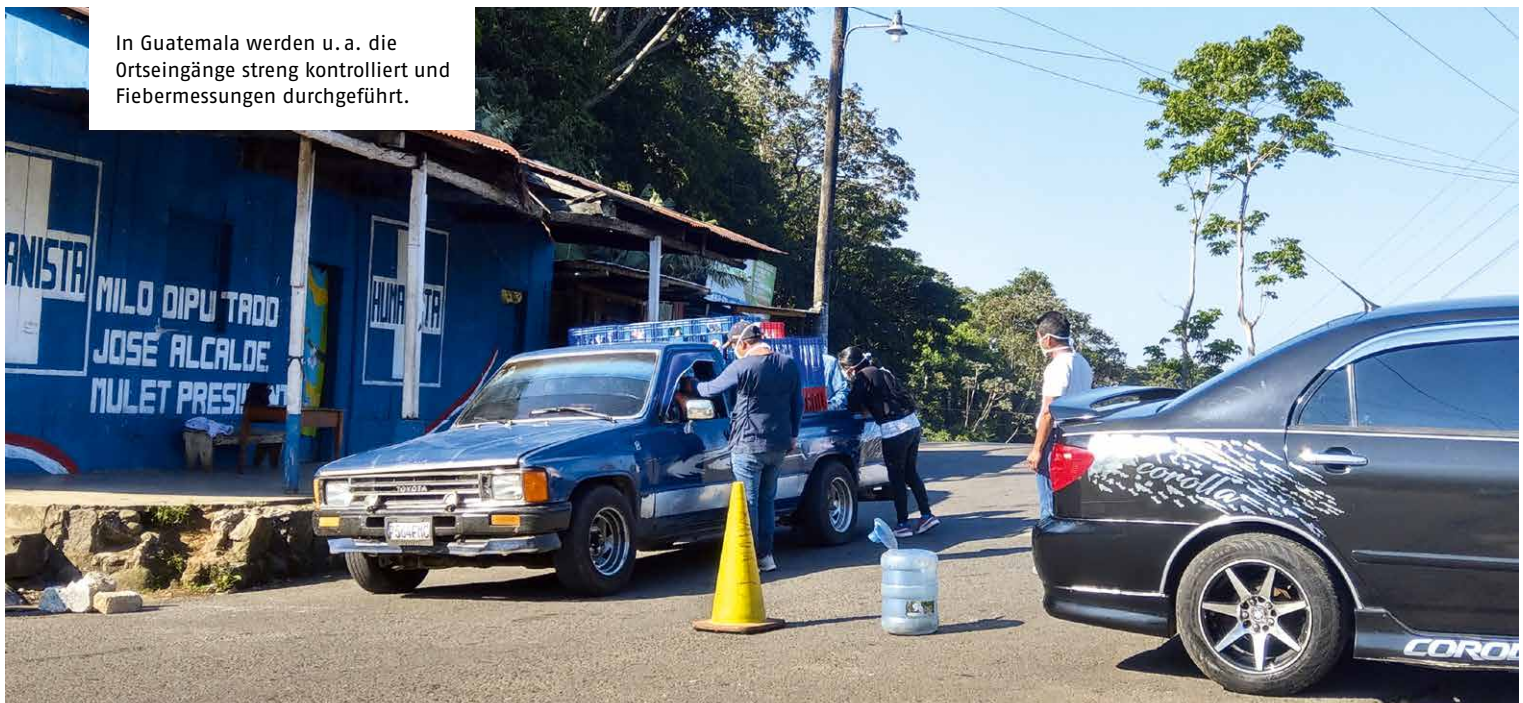
Die Anzahl der Infizierten auf den Philippinen steigt täglich. Durch die geringe Anzahl durchgeführter Test, wird von einer sehr hohen Dunkelziffer ausgegangen. Das Gesundheitssystem ist für den Ausbruch schlecht gewappnet. Es mangelt an medizinischem Personal und Schutzausrüstung. Zudem haben viele Menschen in Armut überhaupt keinen Zugang zu einer Gesundheitsversorgung. Präsident Duterte rief Mitte März den nationalen Gesundheitsnotstand aus und griff zu drastischen Maßnahmen. Metro Manila befindet sich im lock-down und die 50 Millionen Einwohner der Hauptinsel Luzon in häuslicher Quarantäne. Bis auf Supermärkte und Apotheken sind alle Geschäfte geschlossen – für viele ein Einkommensausfall. Die Schere zwischen Arm und Reich ist jetzt besonders spürbar: Während einige für Vorratskäufe Schlange stehen, fehlt anderen das Geld für die nächste Mahlzeit. Mancherorts wird mit Quarantäne-Pässen kontrolliert, dass jeweils nur eine Person das Haus verlässt, während in den Slums der Metropole Abstandhalten schlichtweg unmöglich ist. Nach und nach rufen weitere Inseln die Quarantäne aus.



Guatemala

Trotz der vergleichsweise geringen Anzahl an Infizierten wurden bereits seit dem 12. März Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung eingeleitet. Mehreren Nationalitäten (u. a. Deutschen) wurde die Einreise nach Guatemala verboten, der Flughafen wurde geschlossen, alle Einreisen über Land wurden untersagt, der öffentliche Nah- und Fernverkehr wurde komplett eingestellt und Firmen mussten schließen. Seit dem 22. März gilt zudem eine strenge Ausgangssperre. Viele Gemeinden sperren ihre Ortseingänge, um an einer zentralen Durchfahrt strenge Kontrollen und Fiebermessungen – meist von Ortsvorsteher*innen und Freiwilligen, selten durch ausgebildetes medizinisches Personal – durchzuführen. In Guatemala arbeiten etwa 70 Prozent der Bevölkerung im informellen Sektor. Die restriktiven Einschränkungen haben für sie schwere wirtschaftliche Folgen. Die Armutssituation im Land wird sich noch mehr verschärfen. Zudem wird, bedingt durch die Isolation und den damit einhergehenden Anstieg an Stress, ein Anstieg häuslicher Gewalt erwartet.

In Guatemala werden u. a. die Ortseingänge streng kontrolliert und Fiebermessungen durchgeführt.



WEITREICHENDE AUSWIRKUNGEN: CORONA STELLT DIE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT VOR GROSSE HERAUSFORDERUNGEN



Wohl noch nie in der Geschichte der Menschheit, selbst wenn man die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts als Vergleichsbasis nimmt, hat eine Krise mit nahezu simultaner Geschwindigkeit fast jeden Winkel der Erde erfasst und das gesellschaftliche Leben lahmgelegt. Alle Regionen, in denen AWO International tätig ist, sind von massiven Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverboten betroffen, um die weitere Ausbreitung des Virus möglichst einzudämmen und die nationalen Gesundheitssysteme vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Für unsere Projektmitarbeiter*innen und Partnerorganisationen im Ausland bedeutet die Einschränkung der Versammlungs- und Bewegungsfreiheit nahezu überall, dass geplante Projektaktivitäten abgesagt oder verschoben werden müssen, sie selbst nur noch von zu Hause aus arbeiten dürfen und die Menschen in den Dörfern und Stadtteilen unserer Projektregionen nicht erreichen können. Teilweise wurden die Maßnahmen der jeweiligen Regierung ohne Vorlaufzeit verkündet und mit Brachialgewalt durchgesetzt, sodass sich die Bevölkerung nicht auf die neue Lage vorbereiten konnte und im Extremfall dem Anliegen völlig konträre Wirkungen erzielt wurden: Die Bilder Tausender indischer Wanderarbeiter*innen, die durch den plötzlichen Verlust ihrer Einkommensgrundlage gezwungen waren, aus den großen Städten zu Fuß über die autofreien Highways in ihre Hunderte Kilometer entfernten Heimatdörfer zu fliehen, gingen um die Welt.

Aktuell ist es vordringlich wichtig, dass Sensibilisierungs- und Aufklärungsmaßnahmen zu Hygienestandards und Abstandsregeln (social distancing) zum Schutz vor der weiteren Ausbreitung des Virus die Menschen erreichen. Da der persönliche Kontakt über Meetings und Veranstaltungen derzeit nicht möglich ist, sind unsere Partner auf der Suche nach neuen Wegen erfinderisch:

Zum Beispiel plant ECO in Uganda Radio-Talkshows in indigenen Sprachen, da die bisherigen Aufklärungskampagnen im Radio in englischer Sprache von vielen Hörer*innen nicht verstanden werden können. Aus ähnlichen Gründen produziert die nepa-

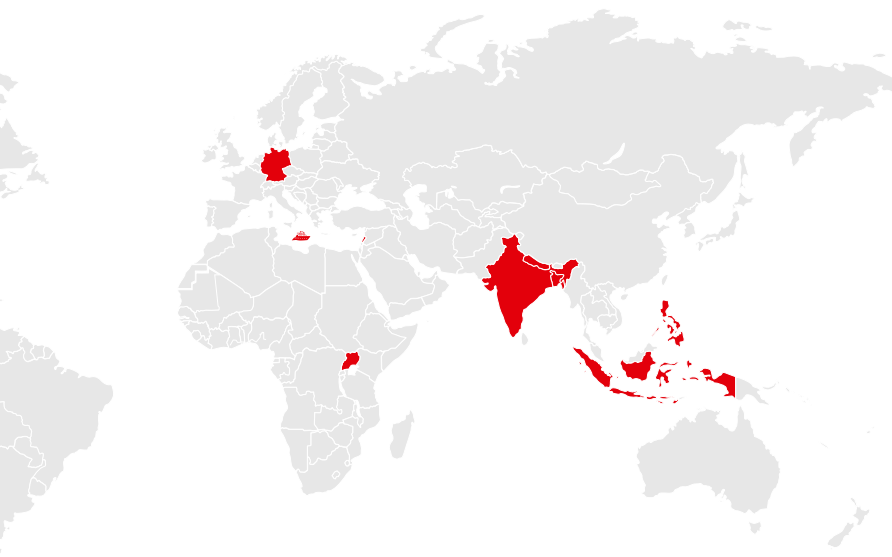
lesische Partnerorganisation NEEDS Radio-Jingles zur Hygieneaufklärung in mehreren lokalen Sprachen. Auch in den anderen Regionen sind die Partner dabei, Planungsanpassungen durchzuführen, um Präventivmaßnahmen und Infokampagnen zu persönlicher Hygiene, zu emotionaler Stabilisierung gegen Panik und Angst und gegen häusliche Gewalt vorzubereiten u. a. Posts in sozialen Medien, Banner, Informationstafeln an Hotspots der Migration wie z. B. Busbahnhöfen.

Unsere Partnerorganisationen in Guatemala denken beispielsweise darüber nach, wie sie mit Lautsprechern und Megafonen die Zielgruppen in den Gemeinden erreichen und mit dem nötigen Sicherheitsabstand die Arbeit mit den Gemeindegruppen weiterführen können. „Es ist wichtig, dass die bestehenden Gruppen und Gemeindestrukturen weiterhin betreut werden und sie sich nicht von uns im Stich gelassen fühlen“, sagt Elizabeth Ibarra, Projektleiterin von ACCSS.

„
Es besteht die Gefahr, dass in einem angeheizten Klima der Angst neue Menschenrechtsverletzungen begangen werden.“

Hygieneaufklärung soll nach dem Wiederaufleben der Projektarbeit als selbstverständliches Element in die Gemeindeaktivitäten, Trainings und Workshops mit den Zielgruppen in den Projekten der Entwicklungszusammenarbeit integriert werden.

Schwerpunktt Themen der Sozialstrukturförderung von AWO International sind die Förderung sicherer Migration, der Schutz der Menschenrechte von Geflüchteten und Arbeitsmigrant*innen und die Bekämpfung des Menschenhandels und moderner Formen von Zwangsarbeit und Sklaverei. Vermeintlich sichere



Zielländer der Migration sind durch die Corona-Krise plötzlich selbst in massiver Weise betroffen, von außen abgeriegelt und bieten nicht den erhofften Schutz.

Maria José Gonzalez von der Partnerorganisation Cantera berichtet: „Viele Jugendliche in Nicaragua, die Angehörige haben, die nach Spanien oder in die USA migriert sind, haben große Angst wegen der Krise dort. Da sie ja ohne Dokumente dort sind, haben sie keine Versicherung und werden ihre Jobs verlieren. Viele Familien leben jedoch von den Rücküberweisungen. Einige Jugendliche haben erzählt, dass sie im März kein Geld bekommen haben, da ihre Angehörigen jetzt vor Ort für sich selber sorgen müssen. Die Jugendlichen sind in großer Sorge und verängstigt.“

Ähnlich ergeht es den Familienangehörigen philippinischer, indonesischer oder nepalesischer Arbeitsmigrant*innen. Diese sind zwar meist mit gültigen Papieren ausgereist, bangen nun aber durch die Schließung der Grenzen und Einschränkungen der wirtschaftlichen Tätigkeit um ihre Einkommensgrundlage und sitzen in den Golfstaaten, Saudi-Arabien, Malaysia oder Singapur fest.

Aus Uganda – ebenfalls ein Zielland von Migration und bislang oft gelobt für vorbildliche Anstrengungen bei der Integration Geflüchteter aus den Nachbarländern – wird das Ansteigen von Ressentiments gegenüber den Migrant*innen als vermeintliche Quelle allen Übels und Träger*innen des unsichtbaren und unheimlichen Virus berichtet. Es besteht die Gefahr, dass in einem angeheizten Klima der Angst neue Menschenrechtsverletzungen begangen werden.

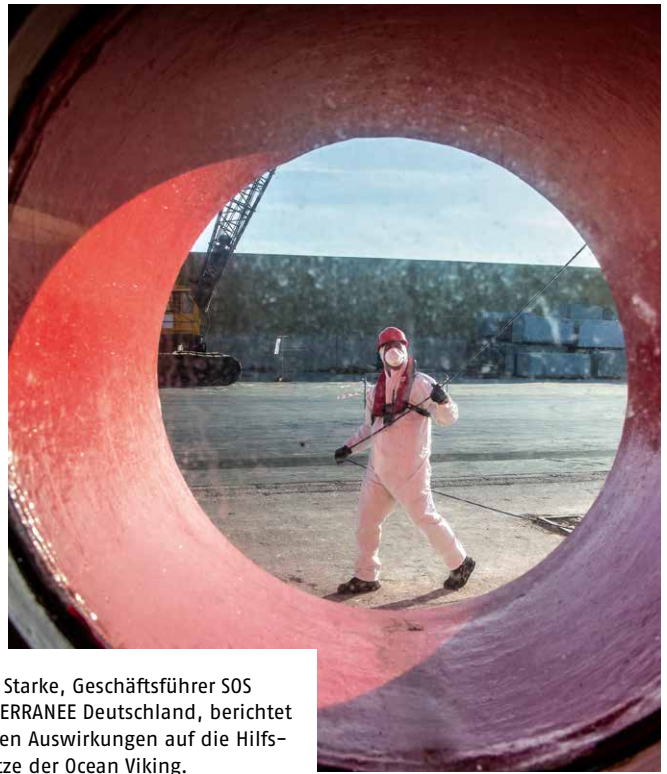
Sobald der Peak der Corona-Krise überstanden ist und das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben wieder Fahrt aufnimmt, wartet auf unsere Partnerorganisationen weltweit viel Arbeit.

Frank Roger



Mit Wassertanks und Seife können sich die Menschen – wie hier in Nepal – vor einer Ansteckung schützen. Barrierefreie Plakate klären zudem über das Virus auf.





David Starke, Geschäftsführer SOS MEDITERRANEE Deutschland, berichtet von den Auswirkungen auf die Hilfeinsätze der Ocean Viking.

„AUSGANGSSPERRE“ FÜR DIE OCEAN VIKING: „WIR ARBEITEN MIT HOCHDRUCK AN EINER LÖSUNG!“

Auch im Mittelmeer spürt man die Auswirkungen der Corona-Pandemie: Durch die hohe Infektionsgefahr mit dem Coronavirus und die Schließung der europäischen Grenzen ist derzeit kein ziviles Seenotrettungsschiff im Einsatz. Auch die Ocean Viking musste ihren Rettungseinsatz unterbrechen. Geflüchtete in Seenot erhalten demnach aktuell keine Hilfe. David Starke, Geschäftsführer von SOS MEDITERRANEE Deutschland, im Interview.



Herr Starke, welche konkreten Auswirkungen hat die Corona-Krise auf die Arbeit von SOS MEDITERRANEE?

Wir mussten uns schweren Herzens dazu entscheiden, unseren Rettungseinsatz mit der Ocean Viking im Mittelmeer bis auf Weiteres zu unterbrechen. Das ist ein großes Dilemma. Auf der einen Seite ist die Sicherheit unseres Einsatzes auf See, unserer Kolleg*innen an Bord und natürlich der geretteten Menschen unsere oberste Priorität. Gleichzeitig fliehen weiterhin Menschen von Libyen übers Mittelmeer, und niemand ist vor Ort, um zu bezeugen, wie die Situation ist und was passiert.

Wo befindet sich die Ocean Viking gerade?

Die Ocean Viking liegt seit dem 20. März in Marseille. Wir konnten Ende Februar noch 276 zuvor aus Seenot gerettete Menschen in Pozzallo, Sizilien, sicher an Land bringen. Danach musste sich die Crew zwei Wochen an Bord in Quarantäne begeben. Weil in dieser Zeit kein Crewmitglied Symptome von COVID-19 zeigte, durfte die Besatzung anschließend an Land. Die italienische Gesundheitsbehörde desinfizierte das gesamte Schiff und versiegelte es für zwei Tage.



Im Februar konnte die Ocean Viking noch 276 Geflüchtete sicher nach Pozzallo, Sizilien bringen. Die Geretteten wurden von der italienischen Gesundheitsbehörde untersucht und gemeinsam mit der Crew und dem gesamten Schiff unter Quarantäne gestellt.

Was passiert jetzt?

Nach der Quarantäne hatten wir einen Crewwechsel, das Team ist frisch und einsatzbereit auf dem Schiff. Gleichzeitig nutzen wir die Zeit, um in Marseille Lebensmittel und Medikamente liefern zu lassen und auf der Ocean Viking einzulagern.

Ihr plant also, in naher Zukunft wieder zu starten?

Wir planen, so bald wie möglich in den Rettungseinsatz auf See zurückzukehren. Wir wissen über die äußerst schwierige Lage der europäischen Küstenstaaten und sprechen unsere uneingeschränkte Solidarität mit allen Rettungsdiensten aus. Trotz dieser angespannten Situation: Kein Mensch darf im Mittelmeer ertrinken, und es ist die Verantwortung der Europäischen Union, Seenotrettung sicherzustellen.

Wie bereitet ihr euch auf zukünftige Einsätze vor?

Durch die Zusammenarbeit mit „Ärzte ohne Grenzen“ haben wir erfahrene Partner im Umgang mit Pandemien an unserer Seite. An Bord der Ocean Viking haben wir strenge Vorschriften und Richtlinien für die Einhaltung von Hygienestandards. Gleichzeitig haben wir ein Isolationsprotokoll, das bei entsprechenden Symptomen eines Passagiers oder einer Passagierin in Kraft tritt. Wir sind sehr gut vorbereitet, im Falle einer Coronavirus-Infektion im Sinne der Gesundheit des*der Erkrankten sowie im Sinne aller Beteiligten zu handeln. Zudem sind wir im Gespräch mit den Behörden und Außenministerien, bewerten stetig das Risiko für unsere Mitarbeiter*innen und arbeiten mit Hochdruck daran, schnellstmöglich wieder rauszufahren.

Werden die europäischen Küstenstädte auch in Zeiten der Corona-Krise als sichere Häfen dienen?

Die Europäische Union hat beschlossen, ihre Außengrenzen zunächst für dreißig Tage zu schließen. Dadurch haben wir keine Sicherheit, dass wir gerettete Menschen in sichere Häfen bringen können. Andererseits hatten wir diese Sicherheit nie. Auch die Malta-Vereinbarung, nach der gerettete Menschen in Italien und Malta an Land gebracht und von EU-Staaten aufgenommen werden sollen, war für uns eine sehr unzuverlässige Absprache. Allerdings werden wir trotz der aktuellen Lage in Deutschland nicht müde, die politischen Entscheidungsträger*innen an ihre Verantwortung zu erinnern: Seerecht und damit Völkerrecht muss zu jeder Zeit eingehalten werden. Leben retten ist Pflicht – auch auf dem Mittelmeer! Darauf fokussieren wir unsere Arbeit in Deutschland – davon kann uns auch das Coronavirus nicht abhalten.

Interview: Charlotte Schwarz

„
Allerdings werden wir trotz der aktuellen Lage in Deutschland nicht müde, die politischen Entscheidungsträger*innen an ihre Verantwortung zu erinnern: Seerecht und damit Völkerrecht muss zu jeder Zeit eingehalten werden. Leben retten ist Pflicht – auch auf dem Mittelmeer!
“

ZIVILE SEENOTRETTUNG AUF DEM MITTELMEER

Seit 2015 unterstützen wir die europäische Seenotrettungsorganisation SOS MEDITERRANEE, damit Menschen auf ihrem gefährlichen Weg von Libyen nach Europa aus der Seenot gerettet werden. In den letzten fünf Jahren konnte die Crew insgesamt 31 618 Menschen retten und in sichere Häfen bringen.



Unsere Partnerorganisation Mousawat verteilt Hygienepakete und führt weitläufige Oberflächen-Desinfektionen durch.



„WIR MÜSSEN JETZT HANDELN!“

Die humanitäre Krise in Syrien gilt weltweit als eine der schlimmsten unserer Zeit. Bis 2019 wurden mehr als 6,1 Millionen Menschen innerhalb Syriens vertrieben. Fast 6,7 Millionen haben vor allem in den Nachbarländern Zuflucht gefunden. Rund 340 000 der registrierten Syrer*innen leben im Bekaa-Tal, im Osten Libanons, in zum Teil stark abgelegenen und benachteiligten Regionen. Hier leiden die Menschen nach wie vor unter den Auswirkungen des inzwischen neun Jahre andauernden Konflikts: Gemeinschaftsnetzwerke und Sicherheitsnetze sind weggefallen, und der Zugang zu medizinischer Versorgung und Nahrung ist stark eingeschränkt – und das bereits vor COVID-19.

Auch wenn es derzeit im internationalen Vergleich relativ wenig bestätigte Corona-Fälle gibt, **(aktuelle Zahlen finden Sie bei der WHO)**, liegt die Dunkelziffer unzweifelhaft höher, und die dicht bevölkerten Camps mit palästinensischen und syrischen Geflüchteten sind sehr gefährdet. Um die Ansteckung einzudämmen, haben die libanesischen Behörden bereits Anfang März restriktive Maßnahmen ergriffen, indem sie unter anderem Reisen in die und aus den betroffenen Ländern einschränkten, Quarantänezeiten für Personen aus Risikogebieten anordneten, Schulen und Universitäten schlossen und Versammlungen auf öffentlichen Plätzen, Sportveranstaltungen und internationale Konferenzen verboten. Der Plan der libanesischen Regierung zur Bekämpfung von COVID-19 ist jedoch unklar, insbesondere was

die syrischen und palästinensischen Flüchtlingsgemeinschaften betrifft. Zugleich sehen sich die Menschen mit einem maroden Gesundheitssystem sowie einer Regierungs- und Bankenkrise konfrontiert, die keine größeren Bargeldabhebungen erlaubt. „Die Menschen haben Angst, denn sie wissen um das unzureichende Gesundheitssystem und haben kein staatliches Sicherheitsnetz. Deshalb müssen wir jetzt handeln, um einer Ausbreitung entgegenzuwirken und die Ärmsten und vulnerablen Gruppen zu schützen“, erklärt Felix Neuhaus, Koordinator für humanitäre Hilfe bei AWO International. „Das weitgehend privatisierte libanesisches Gesundheitssystem sieht eine Integration der syrischen und palästinensischen Geflüchteten außerdem nicht vor“, so Neuhaus.



Seit 2020 unterstützen wir eine mobile Klinik, die vor allem syrische Geflüchtete mit Behinderung medizinisch und psychologisch versorgt.

”

Die Menschen haben Angst, denn sie wissen um das unzureichende Gesundheitssystem und haben kein staatliches Sicherheitsnetz. Deshalb müssen wir jetzt handeln, um einer Ausbreitung entgegenzuwirken und die Ärmsten und vulnerablen Gruppen zu schützen.

“

Gemeinsam mit unserer libanesischen Partnerorganisation Mousawat und Volkshilfe Solidarität aus Österreich haben wir begonnen, das erforderliche Informations- und Hygienematerial zur Prävention zur Verfügung zu stellen. Mousawat wurde bereits vier Tage nach dem ersten bestätigten Corona-Fall im Libanon aktiv und arbeitet seither in enger Abstimmung mit UNHCR und Ärzte ohne Grenzen, die auch als medizinischer Berater fungieren. Eine interne Richtlinie regelt den Schutz der eigenen Mitarbeitenden vor COVID-19 und ermöglicht die fortführende Betreuung chronisch Kranker und der im Kooperationsprojekt von AWO International und Volkshilfe Solidarität unterstützten Haushalte mit behinderten Familienmitgliedern. Mit Infrarot-Thermometern werden Personen vor dem Betreten der Flüchtlingscamps untersucht, Sensibilisierungsmaterialien werden verteilt und öffentliche Plätze mit Desinfektionsmitteln besprüht.

„Menschen mit Behinderung sind in Krisenzeiten besonders benachteiligt. Wir setzen uns dafür ein, dass auch ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden und traumatisierte Kriegsflüchtlinge aus unserem Projektgebiet auch in Corona-Zeiten weiterbetreut werden können. Dafür wurde von unserem Umsetzungspartner Mousawat eine Online-Plattform eingerichtet, über die regelmäßig benötigte psychosoziale Einzeltherapien angeboten werden“, erklärt Neuhaus. Außerdem wurden über unser Projekt in den

ersten Apriltagen 5000 Hygienekits an Familien im Palästinenserlager Wavel sowie in vier syrischen Siedlungen im Bezirk Marj übergeben. Diese beinhalten jeweils eine Flasche mit Antiseptikum, Handschuhe, Händedesinfektionsmittel für Kinder sowie flüssige Seife.

Charlotte Schwarz, Felix Neuhaus

DESHALB SIND WIR EIGENTLICH HIER:

EINE MOBILE KLINIK FÜR INKLUSIVE GESUNDHEITSVERSORGUNG

Gemeinsam mit unserer Partnerorganisation Mousawat und mit finanzieller Unterstützung von Aktion Deutschland Hilft, Nachbar in Not (NiN) und Volkshilfe Solidarität unterstützen wir eine mobile Klinik, mit der Menschen mit Behinderung und deren Familien leicht erreicht und medizinisch versorgt werden können. An Bord der Klinik befinden sich Ärzt*innen, Pflegepersonal, Physio- und Psychotherapeut*innen sowie Sozialarbeiter*innen. Die Patient*innen können dadurch gleichzeitig medizinische, psychologische und physiologische Hilfe erhalten. Ein besonderer Fokus liegt zudem auf Rehabilitations- und Sensibilisierungsmaßnahmen, damit Menschen mit Behinderung autonomer und physisch unabhängig werden können. Weiter stellt die mobile Klinik Hilfsmittel und korrigierende Vorrichtungen wie Rollstühle, Orthesen, Prothesen und Hörgeräte zur Verfügung.



Unsere Partnerorganisation COVOID verteilt Hygienepakete und informiert die Geflüchteten u. a. über Radioshows und Plakate.



AFRIKA • UGANDA

CORONA-PRÄVENTION IN UGANDA: IM WETTLAUF MIT DER ZEIT

Im Rahmen des Projekts „100 Jahre AWO“ sind wir seit 2019 in Uganda aktiv und fördern in vier Flüchtlingslagern unter anderem die Nahrungsmittelsicherheit. Mit den ersten bestätigten Corona-Infizierten müssen wir unsere Projekte anpassen, um die Geflüchteten auf eine drohende Epidemie vorzubereiten. Mit Unterstützung von Aktion Deutschland Hilft setzen wir mit unserem Partner COVOID ein Präventionsprojekt im Geflüchtetenlager Nakivale um. Darüber sprechen wir mit Edmond Kutaaga, Programmverantwortlicher bei COVOID, und Julius Barigye, Koordinator des neuen Corona-Projekts.

Was machte COVOID – bevor Corona ausgebrochen ist – im Flüchtlingslager Nakivale?

Nakivale liegt im Distrikt Isingiro, nahe der ruandischen und kongolesischen Grenze. Wir unterstützen hier 2700 Geflüchtete aus dem Kongo, dem Südsudan, Ruanda und Burundi sowie arme ugandische Familien, indem wir Saatgut verteilen und sie in innovativen, klimaresistenten Anbaumethoden schulen. Darüber hinaus leisten wir einen Beitrag zum Klimaschutz, fördern Geschlechtergerechtigkeit, tragen zur sozialen Inklusion von Geflüchteten und Menschen mit Behinderung bei und unterstützen unsere Zielgruppen bei der Familienplanung.

Die ersten Corona-Fälle wurden in Uganda gemeldet. Welche konkreten Auswirkungen spüren Sie?

Unsere Regierung hat strenge restriktive Maßnahmen erlassen: Durch die Ausgangssperre können Tagelöhner nicht mehr arbeiten, Straßenstände wurden geschlossen und Motorrad-Taxis sind verboten. Dadurch verlieren die Familien ihr Einkommen, und Menschen – besonders in abgelegenen Regionen – können sich nicht fortbewegen. Das betrifft auch wichtige Arztbesuche. Bereits jetzt zeichnet sich zudem eine starke Verteuerung von Lebensmitteln ab: Ein Päckchen Salz kostete noch vor zwei Wochen 700 Uganda-Schilling, heute bis zu 4000. Das liegt sowohl an Hamsterkäufen als auch an Händlern, die aus der Krise ein Geschäft machen.



Wie gehen die Menschen mit der drohenden Corona-Epidemie um?

Der Flüchtlingsstrom lässt nicht nach. Täglich kommen neue Geflüchtete im Camp an – die Bewohnerinnen und Bewohner haben Angst, dass die Neankömmlinge mit Corona infiziert sind. Viele Menschen in Nakivale und in anderen Landesteilen Ugandas haben so große Angst, dass sie ihre Häuser nicht mehr verlassen. Dies hat weitreichende Folgen, denn in der aktuellen Regenzeit müssten eigentlich die Anbauflächen und Felder bestellt werden. Unsere Zielgruppen haben teilweise auch noch keine Informationen von offizieller Stelle erhalten. Viele wissen noch nichts vom neuen Coronavirus. Die Menschen leben im Camp zudem dicht beisammen und haben ein sehr hohes Infektionsrisiko. Die vorbeugende Isolierung von alten Menschen und Risikogruppen ist in den Großfamilien kaum möglich, intensivmedizinische Betreuung ist nicht verfügbar.

Welche Maßnahmen sind geplant?

Wir haben in den letzten Tagen zwei Notfallteams aufgebaut, die mit Megafonen durch die Straßen ziehen. Sie verbreiten verlässliche Informationen zu Covid-19, zu Symptomen, persönlichen Schutzmaßnahmen und zur Meldepflicht von Verdachtsfällen. Darüber hinaus sind wir dabei, ein Frühwarnsystem mittels SMS und WhatsApp aufzubauen, damit wir betroffene Familien unterstützen können, ohne in physischen Kontakt treten zu müssen. Auf häufig frequentierten Plätzen und vor Geschäften errichten wir Handwaschstationen mit Seife, fließendem Wasser und Desinfektionsmitteln. Darüber hinaus unterstützen wir 360 Familien bei der Anlage solcher Handwaschstationen: Jede Familie erhält ein Hygiene-Set mit Seifen, Mund- und Nasenschutzmasken sowie Schutzhandschuhen. Unsere Notfallteams werden auch beim großflächigen Sprayen der Unterkünfte behilflich sein.

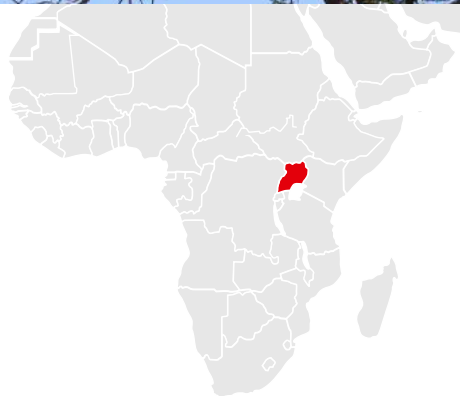
Für eine weitreichende Aufklärungskampagne konnten wir Sie mit unseren drei weiteren ugandischen Partnern vernetzen. Was entsteht hier?

Gemeinsam mit AFARD, ECO und UCOBAC erarbeiten wir barrierefreie Poster in sechs verschiedenen Sprachen. Auf diesen informieren wir mit Grafiken über Symptome von Covid-19, die Verbreitung des Virus, Hygiene-Präventionsmaßnahmen und Handlungsfelder im Infektionsfall. Mithilfe von AWO International werden wir 6000 Poster in fünf Distrikten verteilen; unter anderem auch in Bidibidi, dem größten Flüchtlingslager der Welt. Außerdem arbeiten wir an Informations-Jingles mit Kernbotschaften zum Virus in drei Sprachen, die drei- bis viermal pro Tag über den regionalen Radiosender Vision Radio im Distrikt Isingiro und in den Nachbardistrikten ausgestrahlt werden. Darüber hinaus organisieren wir Talkshows mit Gesundheitsexpert*innen im Radio, um relevante Informationen aus erster Hand schnell und weitflächig zu verbreiten.

Wie geht es Ihnen und Ihren Mitarbeiter*innen?

Die Nachrichten aus China und die hohen Opferzahlen aus Spanien und Italien verunsichern auch uns und unsere Mitarbeitenden und Freiwilligen vor Ort. In unserer täglichen Arbeit kommen wir mit sehr vielen Menschen in Kontakt. Wir fragen uns: Wie kann ich mich selbst vor einer Ansteckung schützen? Wie kann ich viele Menschen ohne Gruppenbildung erreichen? Wie kann ich die Zielgruppen schützen, ohne sie anzustecken (im Falle einer unerkannten eigenen Infektion)? Trotz Angst und Unsicherheit war es für uns alle keine Frage, uns aktiv im Corona-Projekt zu engagieren.

Felix Neuhaus



HEUSCHRECKENPLAGE IN UGANDA: DIE LARVEN WERDEN ALLES FRESSEN

AFRIKA • UGANDA

Es ist die schlimmste Heuschreckenplage seit 25 Jahren: Im Februar zogen riesengroße Schwärme von Wüstenheuschrecken über Ostafrika hinweg und nisteten unter anderem in Uganda. Wenn die gefräßigen Larven wie erwartet im Mai schlüpfen, fällt dies auf die wichtigste Pflanz- und Erntezeit. Parallel zur drohenden Corona-Epidemie steuert das Land auf eine Hungerkrise zu.

Die neun Schwärme, die im Februar über Uganda zogen, umfassten im Durchschnitt 40 Millionen Insekten. Insgesamt 24 Distrikte in den 6 Subregionen Acholi, Karamoja, Lango, Sebei, Teso und Bugisu waren von der ersten Invasion betroffen. Während die sogenannten „reifen Tiere“ bald darauf starben, muss sich Uganda nun auf eine explosionsartige Vermehrung vorbereiten. Denn ein Weibchen legt im Laufe ihres Lebens bis zu 900 Eier. Die Larven sind dabei weitaus gefährlicher als die erwachsenen Insekten, denn sie fressen in diesem Stadium pro Tag bis zu 100 Tonnen Vegetation (abhängig von der Größe des Schwarms).

Dies ist besonders für arme Distrikte wie Karamoja im Nordosten Ugandas alarmierend. Während Uganda in den letzten 20 Jahren erhebliche Fortschritte in der Reduktion der absoluten Armut und der Mangelernährung verzeichnen konnte, ist Karamoja aufgrund der ausgeprägten Trockenheit, der Degradierung natürlicher Ressourcen sowie der mangelhaften Infrastruktur äußerst vulnerabel. 82 Prozent der Bewohner*innen leben unter der absoluten Armutsgrenze – sie sind aus materiellen Gründen nicht in der Lage, die eigenen Grundbedürfnisse zu befriedigen. Daher sind sie auf den Anbau von Gemüse und Obst für die Selbstversorgung angewiesen. Diese Ernten sind nun immens bedroht.

Gemeinsam mit unserer Partnerorganisation ECO und der Unterstützung durch Aktion Deutschland Hilft helfen wir den Betroffenen, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Heuschreckenplage abzumildern und einer drohenden Hungersnot entgegenzuwirken. Dafür etablieren wir ein Frühwarnsystem, in-

dem wir Bauerngruppen und Katastrophenschutzkomitees darin ausbilden, den Schlüpfprozess der Heuschrecken überwachen und dokumentieren zu können. Dadurch können die betroffenen Gemeinden rechtzeitig informiert sowie Risikominderungsmaßnahmen eingeleitet werden. Parallel schulen wir die Gemeinden darin, ihr Obst und Gemüse durch Netze zu schützen, und verteilen Saatgut. Insgesamt sollen mindestens 240 Haushalte mit 1440 Personen direkt und 3500 Menschen indirekt von den Maßnahmen profitieren. Auch auf politischer Ebene werden wir aktiv: Durch regelmäßige Treffen mit lokalen Akteuren und die Einbeziehung der Medien aktivieren wir relevante Stakeholder – wie zum Beispiel das für Krisensituationen zuständige Amt des Premierministers oder der UN sowie die Wildtierbehörde des angrenzenden Nationalparks. Damit fördern wir die aktive Teilhabe wichtiger Entscheidungsträger*innen, die weitreichende Aufklärung der Betroffenen und die nachhaltige Einbeziehung von Minderheiten.

Kathrin Zimmermann

INITIATIVE LIEFERKETTENGESETZ



Während sich die Nachrichten zur Coronavirus-Pandemie überschlagen, müssen wir in unserem persönlichen Alltag lernen, einen Umgang mit der neuen Situation zu finden. Was bedeutet das alles für die Diskussion zum Lieferkettengesetz? Für uns ist klar: Wir treten auch weiterhin für eine Welt ein, in der Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstörung vermeiden.

Das Coronavirus darf nicht als Vorwand gegen ein Lieferkettengesetz herhalten. Denn diese Krise führt uns auf dramatische Weise vor Augen, in welchem Maße Transparenz und Sorgfalt in globalen Lieferketten in unser aller Interesse liegen. Gerade in diesen Tagen zeigt sich, wie wenig einige Unternehmen über ihre eigenen Lieferketten wissen.

Die Krise wird Unternehmen weltweit dazu zwingen, bessere Systeme zum Risikomanagement aufzubauen, die auch in Krisenzeiten Lieferengpässe verhindern. Diese neuen Managementsysteme dürfen sich nicht nur auf Geschäftsrisiken beschränken, sondern müssen auch Menschenrechte und Umweltschutz in den Blick nehmen! Wenn Unternehmen infolge der Krise ihre Lieferketten umbauen, um Transparenz und Sicherheit zu schaffen, sollten sie neben den ökonomischen

auch die menschenrechtlichen und ökologischen Risiken in den Blick nehmen. Die Politik sollte diese Chance nutzen und Klarheit für Unternehmen über diese Anforderung schaffen.

Die Initiative Lieferkettengesetz ist ein Zusammenschluss zahlreicher Organisationen mit einem gemeinsamen Ziel: Wir treten ein für eine Welt, in der Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstörung vermeiden – auch im Ausland. Freiwillig kommen Unternehmen ihrer Verantwortung nicht ausreichend nach. Daher fordern wir ein Lieferkettengesetz! Unternehmen, die Schäden an Mensch und Umwelt in ihren Lieferketten verursachen oder in Kauf nehmen, müssen dafür haften. Skrupellose Geschäftspraktiken dürfen sich nicht länger lohnen. Das fordert auch die Petition an unsere Bundeskanzlerin, die online unterzeichnet werden kann: Schon über 150 000 Menschen haben bislang mitgemacht:

 www.lieferkettengesetz.de

Auch wenn die großen Wirtschaftsverbände immer wieder das Gegenteil behaupten: Ein Lieferkettengesetz ist machbar. Das zeigen die Unternehmen, die bereits jetzt menschenrechtliche Risikoanalysen durchführen und Maßnahmen für Menschenrechte und Umweltschutz ergreifen. Natürlich braucht es dafür finan-

zielle und personelle Ressourcen – wie für andere Prozessoptimierungen auch. Doch wenn alle Unternehmen diese Ressourcen gleichermaßen einsetzen müssen, hat kein Unternehmen einen Nachteil. Aus diesem Grund befürworten inzwischen auch viele Unternehmen einen gesetzlichen Rahmen.

Gerade in Zeiten der Coronavirus-Pandemie ist es wichtig, Menschenrechte entlang der Lieferketten in den Fokus zu nehmen. Denn gerade in den ersten Stufen vieler Lieferketten sind die Menschen aufgrund von fehlender Absicherung besonders gefährdet. Schon jetzt gibt es Berichte aus asiatischen Ländern über fehlende Lohnfortzahlungen oder Einschränkungen von Gewerkschaften. Ein Lieferkettengesetz würde dazu beitragen, derartige Effekte zu verhindern. Gerade im Globalen Süden sind jetzt präventive Maßnahmen von Unternehmen essenziell, um ihre Mitarbeiter*innen vor einer Ansteckung zu schützen – auch hierzu würde ein Lieferkettengesetz beitragen. Klar ist: Menschenrechte dürfen nicht nur in guten Zeiten gelten. Sie sind nicht verhandelbar, sondern international vereinbarte Grundrechte, die eingehalten werden müssen – auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Initiative Lieferkettengesetz





Digitalisierung in der Humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit reicht von Aufklärungsarbeit mittels Mobiltelefon bis hin zu Dronen, die Hilfslieferungen verteilen.



Katharina Stahlecker arbeitet bei VENRO als Referentin für den Bereich „Stärkung der Zivilgesellschaft“.

DIGITALISIERUNG IM HUMANITÄREN UND ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN KONTEXT

Corona verändert die Arbeitswelt: Wir befinden uns größtenteils im Homeoffice, vernetzen uns über Videotelefonie und etablieren neue Technologien. Auch in der humanitären Hilfe (HH) und der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) bietet die zunehmende Digitalisierung große Potenziale. Unser Dachverband VENRO veröffentlichte im Januar 2019 [den Bericht](#) „Tech for Good: Möglichkeiten und Grenzen digitaler Instrumente in der Entwicklungszusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen“. Katharina Stahlecker spricht mit uns über Einsatzmöglichkeiten, Chancen und Risiken.

Frau Stahlecker, was bedeutet Digitalisierung in der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe?

Zunächst einmal bedeutet Digitalisierung natürlich digitale Technologien, also technische Instrumente wie digitale Endgeräte, Apps, Drohnen etc. Diese Technologien bieten innovative Lösungen, auch für entwicklungspolitische Herausforderungen. NROs können ihre Arbeit dadurch wirksamer und effizienter machen. Aber die Digitalisierung ist mehr als technische Innovation, sie verändert die Gesellschaft als Ganzes, die Art, wie wir kommunizieren, leben und arbeiten. Wir können Digitalisierung beispielsweise dafür nutzen, über große Distanzen und ortsunabhängiger zusammenzuarbeiten. Das ist für entwicklungspolitische NROs relevant, weil sie so mit einem Büro in Deutschland einfach, transparent und nachvollziehbar mit den Projektpartner*innen weltweit zusammenarbeiten können. Das kann einen persönlichen Kontakt natürlich nicht ersetzen, schafft aber eine größere Dynamik. Die Relevanz erleben wir ja gerade bei Corona. Ein

weiteres Beispiel ist die sogenannte Datafizierung. Jeden Tag werden weltweit große Mengen an Daten gesammelt und genutzt. Das bietet für HH und EZ die Möglichkeit, Probleme zielgerichteter zu lösen, Projekte besser zu überprüfen und der Forderung nach Transparenz nachzukommen. Es schafft aber auch Risiken im Bereich Datenschutz, die wir im Blick behalten müssen.

Wie wird Digitalisierung in der Projektarbeit konkret eingesetzt?

Ein bekanntes Beispiel für eine armutsmindernde digitale Innovation ist der mobile Zahlungsverkehr M-Pesa, der in Kenia entstanden ist. Hierbei zahlen Menschen über Kioske Geld einfach auf ihr Handy ein, ähnlich wie bei einer Prepaid-SIM-Karte, und können es anschließend beliebig per SMS transferieren. Das klingt vielleicht erst einmal banal. Aber faktisch transportierten vor der Einführung viele Menschen größere Summen Bargeld, etwa ausgezahlte Löhne, über weite Strecken. Digitalisierung



Auch AWO International setzt bereits digitale Technologien ein, wie hier auf dem „100 Jahre AWO“-Fest in Dortmund, wo Besucher*innen mittels Virtual Reality ein nepalesisches Dorf nach dem Erdbeben besichtigen konnten.

dient hier also nicht nur dem niedrighwelligen Zugang zu Finanztransaktionen, sondern auch der Sicherheit vor Überfällen. Das Beispiel zeigt auch sehr schön, dass es nicht unbedingt Hightech-Lösungen sein müssen. Wichtig ist vor allem, dass digitale Lösungen für die Nutzer*innen relevant sind. Es gibt aber auch eine Vielzahl von Medium- und Hightech-Lösungen. Es gibt Apps für Bäuer*innen, die die Ernte erfassen und den passenden Dünger berechnen oder auch Zertifizierungen ermöglichen und den direkten Kontakt zu Abnehmer*innen herstellen. Drohnen werden vielfach im Bereich der HH eingesetzt, zum Beispiel um in Krisengebieten humanitäre Hilfsgüter auszuliefern. Digitalisierung kann potenziell in allen Bereichen der EZ und HH - wie Landwirtschaft, Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Katastrophenschutz etc. - eingesetzt werden.

Welche Chancen bietet Digitalisierung in der aktuellen Corona-Krise?

Gerade in dieser dynamischen Krise bietet Digitalisierung eine große Chance. Es werden weltweit Ausgangssperren verhängt. Die Auswirkungen erfahren wir privat und beruflich am eigenen Leib. Durch digitale Technologien können Menschen trotzdem zusammenfinden. Im Bereich der Gesundheitsversorgung gibt es bereits viele Beispiele, wie digitale Technologien eingesetzt werden, um Menschen in abgelegenen Regionen oder Geflüchtete zu erreichen. Es gibt Apps, die Ferndiagnosen stellen und direkten Kontakt zu Therapeut*innen herstellen, oder digitale Notizkalender für mobiles Klinikpersonal, damit Informationen gesichert und schneller geteilt werden können. NROs können via Handy oder Radio über das Coronavirus aufklären und einfache Sicherheitshinweise ohne persönlichen Kontakt erklären. Am meisten diskutiert, auch in Deutschland, ist aber wahrscheinlich die Möglichkeit, Bewegungsdaten der Bürger*innen zu sammeln und zu analysieren. Dieses „Tracking“ wurde übrigens bereits bei der Ebola-Epidemie genutzt. Dadurch kann man Infektionsherde identifizieren, Kontakt zu Verdachtsfällen aufnehmen und die

Verbreitung des Virus nachvollziehen. Das hat enormes Potenzial für eine Eindämmung des Virus, birgt aber natürlich auch hohe Risiken.

Sie sprechen die Risiken an. Wie sehen diese konkret aus?

Die Digitalisierung bietet große Chancen für nachhaltige Entwicklung und Teilhabe, sie trägt aber nicht per se zu einer besseren oder gerechteren Welt bei. Nehmen wir das Beispiel der Virusbekämpfung. Das Auslesen von Bewegungsdaten ermöglicht natürlich in einer extremen Variante - wie es in China beispielsweise der Fall ist - die totale Überwachung und ist, da es vermeintlich im Hintergrund passiert, nur schwer für den einzelnen Menschen nachvollziehbar. Digitalisierung hat also erhebliche Auswirkungen auf Freiheits- und Menschenrechte. Eine der größten Herausforderungen ist zudem die digitale Kluft. Wer hat tatsächlich Zugang zu Internet und Technologien? Und wer profitiert von den Erträgen der Digitalisierung? Zahlreiche Studien belegen, dass Digitalisierung die Ungleichheit verschärft - und zwar sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen Land- und Stadtbevölkerung, Einkommensklassen und Bildungsgraden sowie zwischen Geschlechtern. Vom Geschäft mit den Daten profitieren derzeit vor allem Firmen in den USA und in China, Länder des Globalen Südens stehen hinten. Zum Beispiel dominiert Google über 90 Prozent des Suchmaschinenmarkts, Amazon über 50 Prozent des E-Commerce. Sie erwirtschaften riesige Profite, die dann nahezu steuerfrei auf Offshore-Konten in der Karibik landen. Zudem ersetzen digitale Technologien zunehmend menschliche Arbeitskraft. Die Weltbank schätzt, dass zwei Drittel aller Jobs in Entwicklungsländern durch Automatisierung gefährdet sind. Die Liste der Risiken lässt sich weiter fortführen, ebenso wie es parallel viele Chancen gibt. Hier kommen auch die NROs ins Spiel. Wir müssen uns für eine gerechte und nachhaltige Digitalisierung starkmachen. VENRO wird dieses Thema weiter verfolgen.

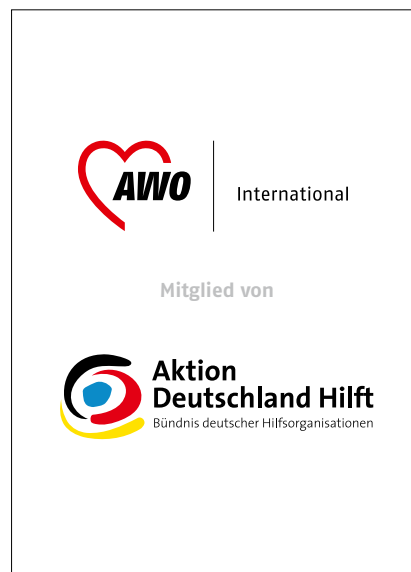
Charlotte Schwarz

KURZ NOTIERT

„Wir erleben eine Naturkatastrophe, die in Zeitlupe abläuft.“

Christian Drosten, Leiter der Virologie in der Berliner Charité und einer der führenden Virologen in Deutschland, konnte gemeinsam mit seinem Team das Erbgut von SARS-CoV-2 entschlüsseln und veröffentlichen. Täglich informiert er im NDR Info-Podcast ‚Coronavirus-Update mit Christian Drosten‘ über Entwicklungen der Pandemie, Schutzmaßnahmen und interessante Hintergründe – eine empfehlenswerte Quelle.

Ingrid Leberz im Aufsichtsorgan von Aktion Deutschland Hilft



Im Jahr 2019 fand in unserem Bündnis „Aktion Deutschland Hilft“ ein Generationswechsel in den Aufsichtsgremien statt. Aufgrund des Governancekodex durften langjährige Mitglieder des Vorstandes und des besonderen Aufsichtsorgans nicht mehr antreten. So auch Rudi Frick. Erstmals wurden zwei Geschäftsführerinnen zweier Mitgliedsorganisationen in den Aufsichtsrat gewählt: Katrin Settele von Help und Ingrid Leberz von AWO International. „Die AWO ist Gründungsmitglied von Aktion Deutschland Hilft. Deshalb ist es Rudi Frick und mir wichtig, auch weiterhin tatkräftig für das Bündnis einzustehen“, sagte Ingrid Leberz nach ihrer Wahl.

AWO Mettmann stellt die Zeichen auf Nachhaltigkeit



Nachhaltigkeit ist in aller Munde, aber wenige wissen so richtig, was sich dahinter verbirgt. Einen Workshop zum Thema hielten Roman Fleißner von AWO International und Steffen Lembke vom AWO Bundesverband am 3. März 2020 in der Geschäftsstelle der AWO Kreis Mettmann. Beide räumten mit dem vorschnellen Urteil auf, das Nachhaltigkeit das Gleiche sei wie Umweltschutz. Es ist der Dreiklang aus Gesellschaft, Ökologie und Ökonomie. Der Workshop war die Auftaktveranstaltung zur Veränderung der AWO Kreis Mettmann hin zu mehr Nachhaltigkeit. Weitere Veranstaltungen sowie kleine und größere Maßnahmen werden folgen!

Erdbeben in Nepal vor 5 Jahren



Am 25. April 2015, vor genau 5 Jahren, wurde Nepal von einem schweren Erdbeben erschüttert. Ein schweres Nachbeben folgte am 12. Mai. Mehr als 23000 Menschen wurden verletzt, unzählige Häuser und historische Stätten zerstört. AWO International stellte sofort 50000 Euro aus dem Nothilfefonds zur Verfügung und rief gemeinsam mit dem Bündnis Aktion Deutschland Hilft zu Spenden auf. Die Unterstützung war überwältigend. AWO International konnte mit insgesamt 800000 Euro Lebensmittel, Hygienepakete, Decken und Medikamente an 43000 Menschen sowie psychosoziale Betreuung in sieben Dörfern leisten und engagierte sich anschließend auch im Wiederaufbau.

#awogegenrassismus



Auch in diesem Jahr beteiligten wir uns an der bundesweiten Aktion „AWO gegen Rassismus – AWO für Vielfalt“. Nicht nur im Zuge der internationalen Wochen gegen Rassismus stellen wir uns entschlossen gegen jegliche Form des Rassismus. Auch in unseren Partnerländern unterstützen wir Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft, Ethnie oder Religion ausgegrenzt oder verfolgt werden und setzen uns für eine aufgeklärte und sensibilisierte Gesellschaft ein. In unserer Social Media Kampagne „Nein zu Rassismus“ verbreiteten wir diese Botschaft in neun Sprachen unserer Projektländer. Auf [Instagram](#) und [Facebook](#) können Sie unsere Kampagne verfolgen.

Impressum

Herausgeber:

AWO International e. V.

Blücherstr. 62/63

10961 Berlin

Tel.: 030/25 292 771

Fax: 030/25 292 571

mail@awointernational.de

www.awointernational.de

Erscheinungsweise:

zweimal jährlich,

Mitglieder und Spender*innen

erhalten den weiteblick kostenlos.

Gesamtauflage: 10000 Exemplare.

Verantwortlich für den Inhalt:

Ingrid Leberherz

Redaktion: Charlotte Schwarz

Bildnachweis:

S. 2/3: Alexandra Koch/pixabay,

S. 4: Tedward Quinn/Unsplash,

S. 8/9: Anthony Jean/SOS MEDITERRANEE,

S. 10/11: Mousawat/Volkshilfe,

S. 14: Christine Sponchia/pixabay,

S. 15: Stéphane Lelarge (links),

Initiative Lieferkettengesetz (rechts),

S. 16: Aktion Deutschland Hilft/
Fulvio Zanettini (links),

Mitch Nielsen/Unsplash (rechts).

AWO International,

wenn nicht anders angegeben.

Layout: Marischka Lutz Grafikdesign

Lektorat: Patrick Schär/
Torat GmbH, www.torat.ch



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



solidar



CORONA – WIR KÄMPFEN WELTWEIT GEGEN EINE AUSBREITUNG

Corona versetzt die Welt in einen Ausnahmezustand. Besonders in Ländern des Globalen Südens, hat die Mehrheit der Bevölkerung keinen Zugang zu einem funktionierenden Gesundheitssystem. Daher unterstützen wir weltweit, um einer Ausbreitung des Virus entgegenzuwirken.



Mit Ihrer Spende können wir beispielsweise folgendes finanzieren:

10 €

Ein Corona
Hygiene-Kit
für eine Familie

20 €

Einen Liter
Desinfektionsmittel
zum Schutz unserer
Projektmitarbeiter

40 €

Ein Quarantäne-
bett zur Isolierung
von Infizierten

75 €

Nahrungsmittel-
und Hygienepaket
für eine fünfköpfige
Familie in Quarantäne



Hier
online
spenden

Vielen Dank für Ihre Spende!



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Deutscher
Spendenrat e.V.

